

Landtag von Baden-Württemberg

14. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion GRÜNE

Mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland

hier: Konzertierte Aktion der Bundesländer zur Verbesserung der Personalausstattung
im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

den anderen Bundesländern die folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

Die Bundesländer vereinbaren, ihre jeweilige Personalausstattung bei der Betriebsprüfung und bei der Steuerfahndung in den Jahren 2011 bis 2015 so zu verbessern, dass beginnend im Jahr 2011 in jedem Jahr bis 2015 die Zahl der Personalstellen in diesen Aufgabenbereichen parallel in allen Bundesländern um 3% bezogen auf die jeweilige Personalstattung Basisjahr 2010 angehoben wird.

Stuttgart, den 23.3.2010

Schlachter, Kretschmann und Fraktion

Begründung

Aus dem „Bericht des Finanzministeriums zum Staatshaushaltsplan 2010/2011“ (Anlagen 6 und 8) ergibt sich ein mittleres jährliches Mehrergebnis pro Prüfer für die Bereiche Betriebsprüfer und Steuerfahnder zusammen von über 1,2 Mio. Euro an. Allerdings ist bei

einer unilateralen Verbesserung der Personalausstattung in einem einzelnen Bundesland zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Mehrergebnissen in den Länderfinanzausgleich abfließt und das tatsächliche Nettoergebnis nach Länderfinanzausgleich deutlich niedriger ausfällt.

Dieser Sachverhalt hat bisher in Baden-Württemberg ähnlich wie in anderen Bundesländern dazu geführt, dass die Personalausstattung bei der Betriebsprüfung und Steuerfahndung weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleibt, die der Zielsetzung der vollständigen Steuererhebung und der Steuergerechtigkeit angemessen wäre.

Durch eine multilaterale und konzertierte Vorgehensweise zur Verbesserung der Personalausstattung um 15% bis 2015, wie sie hier vorgeschlagen wird, können demgegenüber alle Bundesländer gleichermaßen gewinnen, weil die o.g. Wirkungen des Länderfinanzausgleichs ausgeglichen werden. Die Vollständigkeit der Steuererhebung sowie die Steuergerechtigkeit in Deutschland werden dabei deutlich verbessert.

Im Jahr 2008 waren lt. dem o.g. Bericht des Finanzministeriums zum Staatshaushaltsplan 2010/2001 in Baden Württemberg

284 Steuerfahnder mit einem Mehrergebnis von	235 Mio. Euro
und 1700 Betriebsprüfer mit einem Mehrergebnis von	2.320 Mio. Euro

eingesetzt. Mit der vorliegenden Initiative erhöht sich die Gesamtzahl schrittweise um ca. 60 Stellen pro Jahr, also um 300 Stellen bis 2015. Um diese Stellen besetzen zu können, müssen für die Betriebsprüfer und Steuerfahnder attraktivere Besoldungs- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, deren zusätzliche Kosten aber nur einen sehr kleinen Anteil der zu erwartenden Mehreinnahmen ausmachen.

Das zu erwartende Mehrergebnis von 2.535 Mio. Euro/a (2008) würde schrittweise ansteigen und nach dem Jahr 2015 bei ca. 2.900 Mio. Euro/a liegen – eine dauerhafte Mehreinnahme von ca. 380 Mio. Euro/a unter den Annahme des bisherigen Steuerrechts.